

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger...
Kontingente für Anzeigen aus dem Ausland...
Kontingente für Anzeigen in der Provinz...
Kontingente für Anzeigen in der Provinz...
Kontingente für Anzeigen in der Provinz...

Bestellungen nehmen die Anzeiger...
Kontingente für Anzeigen aus dem Ausland...
Kontingente für Anzeigen in der Provinz...
Kontingente für Anzeigen in der Provinz...
Kontingente für Anzeigen in der Provinz...

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 190

Nr. 272

Freitag, den 21. November 1924

19. Jahrgang

Vorstoß Englands gegen das Genfer Protokoll.

Der Entwurf geht nochmals vor die nächstjährige Völkerverammlung.
Genf, 19. Nov. Kurz eine Pariser Botschaft wurde heute bekannt, daß die englische Regierung darum ersucht, die Frage des Genfer Protokolls und der Abrüstungskonferenz von der Tagesordnung der am 8. Dezember 1924 in Rom stattfindenden Tagung des Völkerbundesrat abzuheben, weil infolge der Tatsache, daß die englische Regierung erst kürzlich zur Macht gelangte, sie einige Zeit nötig hat, um sich eine wohlüberlegte Meinung über den Inhalt des Protokolls zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen zu machen. Außerdem würde die englische Regierung nicht an der Sache sein, ihrem Vertreter im Völkerbundesrat Instruktionen über die vorbereitenden Arbeiten der Abrüstungskonferenz, die der Rat auf seiner letzten Tagung unternehmen wollte, zu erteilen.
Man zweifelt nicht daran, daß der Rat dem englischen Vorschlag Folge leisten werde. Uebrigens hat der Besuch, den der Generalsekretär des Völkerbundes in

den letzten Tagen der englischen Regierung abgestattet, wie man hört, jedenfalls Klarheit darüber gebracht, daß die englische Regierung gegen jede überstürzte Behandlung der Protokollfrage ist, und daß jedenfalls, selbst wenn noch irgendwelche Ratifizierungen ohne Vorbehalt erfolgen sollten, das Protokoll noch einmal vor die nächste Völkerverammlung gelangen muß.

London, 19. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ sieht das an den Völkerbundesrat gerichtete Ersuchen der britischen Regierung, die Abrüstung des Genfer Protokolls auf unbestimmte Zeit zu verschieben, als Preisgabe des Protokolls an und erklärt, angesichts der von den Dominien erhobenen starken Einwände sei dies keineswegs überraschend. Während die Vereinigten Staaten zu der geplanten Abrüstungskonferenz nur einen Beobachter entsandt, haben wir den Coolidge jetzt in der Lage sein, eine Konferenz einzuberufen, auf der die Vereinigten Staaten wieder eine führende Rolle übernehmen könnten.

Bomben-Attentat in Kairo.

Der englische Generalkonsul für Ägypten schwer verletzt.
Kairo, 19. November. Gegen den Eibar der ägyptischen Armee Sir Lee Sted wurden heute, als er das Kriegsministerium verließ, zwei Bomben geschleudert, von denen die eine explodierte. Sir Lee Sted wurde schwer verwundet. Die Attentäter sind entkommen.
Dazu wird noch weiter gemeldet, daß die Attentäter erst eine Bombe warfen, die nicht explodierte und dann mehrere Revolvergeschosse abgaben, welche Sir Lee Sted, seinen Adjutanten, seinen Chauffeur und einen Polizisten verwundeten. Sir Lee Sted wurde ins Hospital gebracht. Man schätzt die Zahl der Attentäter auf zwei oder drei.
Zu dem Attentat auf Sir Lee Sted wird weiter bekannt, daß sich die Attentäter in einem Torweg verborgen hatten. Als sie sahen, daß die von ihnen geschleuderte Bombe nicht explodierte, folgten sie dem Kutsch Sir Lee Steds und feuerten einige Revolvergeschosse ab. Dann bestiegen sie eine in einer Seitenstraße haltende Droschke und fuhren schnell davon.
Hajul Pascha, die Minister und eine Deputation der Kammer sprachen bei der Hofkapelle vor und bedauerten ihren Abscheu und ihre Bedauern über die Missetat aus.

Oesterreichs neue Regierung.

Dr. Kamek Ministerpräsident.
Wien, 18. November. Der Hauptauschuss des Nationalrates trat heute nachmittag zusammen und wählte den Bundeshauptmann-Stellvertreter von Steiermark, Kamek zum Bundeskanzler.
Wien, 18. November. Die erste Ministerräte des Kabinetts Kamek hat in der letzten Nacht eine teilweise Veränderung erfahren. Dr. Wataja kommt nicht mehr für das Landwirtschaftliche in Frage, das Dr. Kamek selbst übernehmen will. Als Handelsminister wird der Abgeordnete Heintl, der schon früher dieses Amt innehatte, genannt. Finanzminister soll der Bundeshauptmann, Stellvertreter der Steiermark, Dr. Weyer werden. Er ist Advokat in Graz, gehört zu der „Krautmeren“ Richtung, der die Organisation von Heimatwehren (zur Bekämpfung der Sozialisten) zuzuschreiben ist, und war auch zusammen mit dem feierlichen Landeshauptmann Dr. Kinselen Begründer der Steirer-Fant, in der Gastgüterlohn des Geld eine Rolle spielt. Die Minister Buchner (Landwirtschaft), Dr. Schneider (Unterricht) und Baugoin (Heer) sollen verbleiben.

Die umstrittene Reparationsabgabe.

Der Kampf um die 20prozentige Reparationsabgabe, die in England und Frankreich von der deutschen Einfuhr erhoben wird, ist durch den Brief des Generalagenten für Reparationszahlungen Gilbert an Reichsfinanzminister Dr. Luther in das entscheidende Stadium gekommen. Durch diesen Brief wird einwandfrei festgestellt, daß die 20prozentige Reparationsabgabe in den Rahmen der vom Reparationsagenten kontrollierten deutschen Zahlungen gehört. Die hierfür benötigten Beträge müssen also aus dem allgemeinen Reparationspotenzial genommen werden und stellen daher keinerlei zusätzliche Belastung Deutschlands dar. Diese Zahlungen unterliegen also der Kontrolle des Transfer-Komitees, das über die Stabilität der deutschen Währung zu wachen hat. In der englischen und französischen Öffentlichkeit scheint man sich darüber vielfach noch nicht ganz klar gewesen zu sein und infolgedessen eine gewisse Enttäuschung über den Brief Gilberts zu empfinden. Die 20prozentige Abgabe verliert dadurch natürlich etwas an Wert, daß England und Frankreich durch sie keine neuen Mittel erhalten. Man darf wohl hoffen, daß sie nun nicht mehr mit so großer Hartnäckigkeit an dieser Abgabe festhalten, die für den deutschen Handel eine starke Behinderung und eine Benachteiligung gegenüber dem Handel anderer Länder bedeutet. Die deutschen Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen sind bekanntlich bemüht, unter Hinweis auf diese Schwierigkeiten die Aufhebung der Abgabe zu erwirken. Der Brief Gilberts wird hoffentlich dazu beitragen, die Gegenseite zu größerem Entgegenkommen in dieser Frage zu veranlassen.

Militärkontrolle durch den Völkerbund

Paris, 19. November. „Reynold Geralt“ meldet, daß die Untersuchung der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland nahezu beendet sei. Entgegen gewissen sensationellen ausländischen Meldungen hat der Korrespondent des „Reynold Geralt“ von autorisierter Quelle erfahren, daß die Kontrolle, mit Ausnahme des „durch einen Panzer“ hervorgerufenen Zwischenfalls von Jugostadt, ganz und gar befriedigend verlaufen sei und die beunruhigende Abreise der Kommission rechtfertige, die ihre Vollmachten vorher noch auf den Völkerbund übertragen mußte.

Wird Köln im Januar geräumt?

London, 19. November. Wie die „Daily Mail“ berichtet, werden die britischen Truppen vielleicht gegen Ende Januar 1925 aus Köln zurückgezogen werden, vorausgesetzt, daß Deutschland die Willkür von der Erfüllung seiner Entwaffnungsverpflichtung überzeugen könne. Die Räumungsfrage werde Anfang Januar erwogen werden.

Amerikas Reparationsansprüche.

Rom, 18. Nov. In hiesigen politischen Kreisen glaubt man, daß Amerika auf der bevorstehenden Konferenz der Finanzminister der Alliierten den Anspruch erheben wird, an der Aufstellung der ersten Goldwährungsplanke, die Deutschland nach den Vorschriften des Dawesplanes leisten wird, teilzunehmen.

Caillaux' Amnestierung vom Senat beschlossen.

Paris, 18. Nov. Der Senat hat heute mittag nach einer Ueberherrlichkeit, die stets von dem Vorn der Rechten unterbrochen war, mit 176 gegen 104 Stimmen den Recht des Amnestiegesetzes der Kommission angenommen, auf Grund dessen Maloch und Caillaux begnadigt werden.

Riesige russische Rüstungsausgaben.

Sankt Petersburg, 18. Nov. Finnische Zeitungen melden aus Moskau: Im Haushaltsplan der Sowjetregierung für das nächste Jahr sind als Ausgaben für die rote Armee und die rote Flotte 378 Millionen Goldrubel veranschlagt. In diesem Jahre beträgt der Aufschlag für Heer und Marine 856 Millionen Goldrubel. Diese Mehrausgabe von 22 Millionen Goldrubel soll zur Verstärkung der Flotte und des Flugwesens verwendet werden.

Krach im bayerischen Landtag.

München, 19. Nov. Im Landtag kam es heute bei der Aussprache über den Etat des Ministeriums des Innern zu erregten Szenen während der Rede des bayerischen Abgeordneten Wuttmann, als dieser es als eine Ungehörlichkeit bezeichnete, daß Adolf Hitler noch in Landsberg schmachtet. Der bayerische Abg. Straffer rief dem Ministerpräsidenten zu: Wut über diese Rasenjustiz! Bayern wird von einer Soudande regiert! Die bayerischen Abgeordneten stimmten im Chor ein, und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der bayerischen Volkspartei und des bayerischen Blockes. Der Ministerpräsident und der Präsident des Landtages verließen den Saal, sobald die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Kabine des portugiesischen Kabinetts.

Lissabon, 19. Nov. Das Ministerium ist zurückgetreten, nachdem es im Parlament mit 46 gegen 43 Stimmen in der Minderheit geblieben war.

Schulz-Hörster in Serbien!

Belgrad, 18. Nov. Der Erzbergerminister Schulz hat nach seiner Abreise aus Budapest am 15. November die südslawische Grenze überschritten und sich bis Montag in Subotica verborgen gehalten. Von der dortigen Polizei entdeckt, flüchtete er nach Belgrad. Der Minister des Innern hat einen Steckbrief gegen ihn erlassen. Die gesamte Belgrader Polizei ist aufgeben, seiner Habhaft zu werden. Es scheint die Absicht zu bestehen, Schulz, sobald seine Ergreifung möglich ist, auf Antrag Deutschlands auszuliefern.

Deutsch-Oesterreicher und Schwarz-Rot-Gold.

In der Monatschrift „Oesterreich-Deutschland“, dem Zentralorgan des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes, nimmt der Schriftsteller Hermann Riensl namens seiner in Deutschland lebenden Oesterreichischen Landsleute Stellung zu den hymnischen Wahlen. Das Recht dazu gibt ihm der Oesterreichische Reichskriegsminister Robert Hammerling Wort: „Deutschland ist mein Vaterland — und Oesterreich? Oh, mein Mutterland!“
Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund, schreibt Hermann Riensl, will nicht Stellung nehmen im Kampf der Partei. Trotzdem: die unheimliche Wahlsprache vom Kampf gegen Schwarz-Rot-Gold zwingt ihn zu der folgenden Erklärung: „Was den Wahlkampf zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold betrifft, so liegt es dem Volksbund als solchem durchaus fern, Stiele und Treue zu den alten Reichsfarben, die übrigens auch die Republik mit ihrer Flottenflagge nicht herabzusetzen. Aber keineswegs duldet er eine Schwärzung von Schwarz-Rot-Gold, der größtmöglichen Einheits-Tricolore, der Fahne jahresundertalter Sehnsucht aller Deutschen Oesterreichs.“

Der wahre Sinn von Schwarz-Rot-Gold.

Der deutsche Gesandte in Wien, Dr. Pfeiffer hat bei dem Begräbnis des ersten deutsch-Oesterreichischen Gesandten in Wien, Ludo Hartmann, einen Kranz mit den Farben Schwarz-Rot-Gold niedergelegt und dabei eine Begründung für diese Farben gegeben, die allgemein festgehalten zu werden verdient. Es war der Rat Ludo Hartmanns, dieses Deutschen, der für Deutschland und Aldeutschland lebte und wirkte, die Farben Schwarz-Rot-Gold zu den Farben des Reiches zu machen, weil sie die Ueberlieferung des Frankfurter Parlamentes anknüpften, als Trost für uns alle, als gemeinsame Ueberlieferung.

Paris will den Wirtschaftsvertrag diktieren.

Genf, 18. November. Der „Temps“ meldet, daß der französische Kabinettsrat sich am Montag mit dem Stande der Beratungen des deutsch-französischen Wirtschaftsvertrages befaßte. An der Beratung nahm der Vorsitzende der französischen Delegation teil. Das Kabinet hat ausdrücklich beschlossen, daß die Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland die Annahme der französischen Bedingungen zur Voraussetzung haben müsse.

Trendelenburg wieder nach Paris.

Berlin, 19. Nov. Der Führer der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist, nachdem er der Reichsregierung über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen Bericht erstattet hat, Dienstagabend nach Paris zurückgereist, um die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag fortzusetzen. Welche Bedeutung man sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite der gegenwärtigen Phase der Verhandlungen beilegt, geht daraus hervor, daß von deutscher Seite mit der Führung der Verhandlungen der Vorkommissar in Paris Dr. von Hoesch beauftragt worden ist, dem Staatssekretär Trendelenburg beizugehen ist.

Nach de Margerie nach Paris.

Berlin, 19. Nov. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, ist der französische Vorkommissar in Berlin de Margerie Montag nach Paris gereist. Das Blatt bringt dies mit der Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Zusammenhang. Auch der englische Vorkommissar Lord d'Wernon soll sich dem Blatt zufolge Montag nach London zur mündlichen Berichterstattung über die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen begeben haben.